

Stellungnahme

Bewertung der forschungspolitischen Agenda des Koalitionsvertrags

28. Februar 2018

Seite 1

Einleitung

Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) sind Querschnittstechnologien, die in allen Branchen und Bereichen Anwendung finden. IKT ist die Schlüsselindustrie der digitalen Revolution. Sie zeichnet sich durch kurze Entwicklungszyklen und einen scharfen Wettbewerb aus. Um in diesem dynamischen und kompetitiven Umfeld bestehen zu können, sind erhebliche Investitionen in Forschung und Entwicklung erforderlich. Der Koalitionsvertrag zwischen CDU/CSU und SPD enthält einige erfreuliche Ansätze, die es nun zu konkretisieren und in die Tat umzusetzen gilt.

Digitalisierung muss zentrales Thema der Forschungspolitik werden

Bitkom begrüßt das Bekenntnis zum 3,5 Prozent-Ziel. Positiv hervorzuheben ist auch der Einstieg in eine steuerliche Forschungsförderung, wenn auch zunächst nur für KMU. Im Hinblick auf die Innovationsfähigkeit Deutschlands und Europas ist eine Stärkung der strategischen Forschungspolitik auf europäischer Ebene und damit des 9. Forschungsrahmenprogramms (FP9) nur folgerichtig. Zugleich bekennen sich die Großkoalitionäre zur Förderung digitaler Schlüsseltechnologien und stellen eine – nach eigener Lesart – zukunftsweisende Industriepolitik in Aussicht: »In Deutschland und Europa ist das Ziel, auf den entscheidenden Technologiefeldern der Zukunft über eigene Forschungs-, Produktions- und Kompetenzstrukturen zu verfügen«. Der angekündigte Transfer von Forschungsergebnissen in die Wirtschaft ist ein wichtiger Schritt bei der Entwicklung von Sprunginnovationen.

Allerdings folgen den Worten zu wenig konkrete Vorschläge. So finden sich im Koalitionsvertrag zu wenig konkrete Maßnahmen und Mittel, die dazu beitragen können, dass die deutsche Wissenschaft und Wirtschaft sich auch in einer digitalen Ökonomie weiterhin erfolgreich positionieren kann. Vielfach sieht es aus nach einem »weiter so«. Es herrscht Unklarheit sowohl über die Ausrichtung, als auch über die zielführenden Instrumente. Der Beitrag der Industrie zum Innovationssystem und Innovationserfolg wird nicht ausreichend berücksichtigt – immerhin leistet diese zwei Drittel der FuE-Ausgaben. Es stellt sich demnach die Frage nach geeigneten Anreizen für größere private Investitionen.

Bundesverband
Informationswirtschaft,
Telekommunikation
und Neue Medien e.V.

Christoph Kaesberger
Referent Bitkom Think!
Forschung und Innovation
T +49 30 27576-233
c.kaesberger@bitkom.org

Albrechtstraße 10
10117 Berlin

Präsident
Achim Berg

Hauptgeschäftsführer
Dr. Bernhard Rohleder

Stellungnahme Forschungspolitik im Koalitionsvertrag

Seite 2|3

Dabei – und dies wiegt umso schwerer – sind die richtigen Prioritäten im Koalitionsvertrag eigentlich gesetzt: So wird die Digitalisierung als eine der zentralen Herausforderungen der neuen Hightech-Strategie benannt; mit der Mikroelektronik, der Kommunikationstechnik, der Künstlichen Intelligenz, den Datenwissenschaften sowie der IT-Sicherheit die wichtigen Schlüsseltechnologien festgelegt; für kleine und mittelgroße Unternehmen soll zusätzlich zur bewährten Projektförderung die steuerliche FuE-Förderung eingeführt werden; die deutschen FuE-Ausgaben sollen bis 2025 auf 3,5 Prozent des BIPs steigen. In der neuen Legislaturperiode gilt es nun eine konzise, gut abgestimmte Förderpolitik mit ausreichenden Mitteln konsequent umzusetzen.

Fünf Dinge sind hierbei vordringlich:

Erstens muss die Digitalisierung wie angekündigt zum Dreh- und Angelpunkt der neuen Hightech-Strategie gemacht und so die forschungspolitische Wende eingeläutet werden. Hier gilt es, die Wirtschaft angemessen zu involvieren. Seit 2005 sind die öffentlichen IKT-Forschungsausgaben in absoluten Zahlen kaum gestiegen, in relativen Zahlen, d. h. im Vergleich zu den Forschungsausgaben insgesamt, sind sie sogar um fast zwei Drittel gefallen. Mit gravierenden Folgen: In vielen IKT-Feldern hat Deutschland nach und nach den internationalen Anschluss verloren. Um diesen gefährlichen Trend nicht nur zu stoppen, sondern ihn vor allem auch zu drehen, sind die Forschungsmittel des Bundes auf die im Koalitionsvertrag genannten Schlüsseltechnologien der Digitalisierung zu konzentrieren. Dabei dürfen allerdings andere Handlungsfelder von strategischer Bedeutung wie die Energieforschung und Speichertechnologien nicht vernachlässigt werden. Mittel- bis langfristig müssen die relativen IKT-Forschungsausgaben – bei insgesamt steigendem Budget – dabei wieder das Niveau des Jahres 2005 erreichen. Um zu gewährleisten, dass durch die öffentliche Forschungsförderung auch tatsächlich digitale Kompetenzen am Standort Deutschland gesichert und aufgebaut werden, ist in den Forschungsprojekten durch Marktnähe und angemessene Beteiligung der Industrie sicherzustellen, dass die gewonnenen Forschungsergebnisse wirtschaftlich verwertet werden. Hierfür müssen die Unternehmen in Zukunft mehr öffentliche Forschungsmittel erhalten, z.B. durch Aufstockung ihrer Förderquoten oder durch höhere Anteile an den ausgeschütteten Forschungsgeldern.

Zweitens sind die Forschungsmittel auch insgesamt erheblich aufzustocken. Mit den für die gesamte Legislaturperiode vorgesehenen zusätzlichen Forschungsausgaben in Höhe von zwei Milliarden Euro ist die digitale Souveränität ebenso unerreichbar wie das Ziel, die deutschen FuE-Ausgaben bis 2025 auf 3,5 Prozent des BIPs zu erhöhen. Nach jetzigen Zahlen wäre dafür allein beim Bund ein Anstieg der jährlichen Forschungsausgaben um zirka 20 Prozent erforderlich. Die sich im Zuge der positiven wirtschaftlichen Entwicklung bietenden Spielräume im Bundeshaushalt müssen daher konsequent für die Forschungsförderung genutzt werden.

Drittens ist die im Koalitionsvertrag angekündigte steuerliche FuE-Förderung auszuweiten und nach internationalem Vorbild auf alle Unternehmen auszudehnen. Dies darf jedoch nicht zulasten der Projektförderung geschehen. Die deutsche Wirtschaft benötigt Anreize, ihre FuE-Investitionen am heimischen Standort weiter

Stellungnahme Forschungspolitik im Koalitionsvertrag

Seite 3|3

aufzustocken und sich so fit für die digitale Zukunft zu machen. Ohne diesen Impuls drohen bereits mittelfristig wertvolle FuE-Kapazitäten ins innovationsfreundlichere Ausland abzuwandern.

Viertens muss bei der europäischen Forschungsförderung auf adäquate Industrie-Beteiligungsmöglichkeiten und angemessene Förderquoten sowie eine höhere Akzeptanzquote der Anträge hingewirkt werden. Im IKT-Bereich werden derzeit weniger als 15 Prozent der Anträge gefördert. Insgesamt sollte FP9 einen deutlichen Mittelzuwachs im IKT-Bereich von mindestens 50 Prozent gegenüber »Horizon 2020« erfahren. Die Bedeutung der Key Enabling Technologies (KETs) für das kommende Rahmenprogramm wird auf zahlreichen Ebenen betont. Daher soll FP9 einen eigenständigen Förderbereich für KETs enthalten. Unter den gesellschaftlichen Herausforderungen fehlt die Nutzung von „Leading-Edge“ Schlüsseltechnologien aus Deutschland/Europa. Durch die Anwendung von „State-of-the-Art“ Schlüsseltechnologien in den gesellschaftlichen Themen profitieren primär dominante außereuropäische Technologieanbieter. Der Fokus muss weiterhin auf Exzellenz gerichtet sein. Bei dem gemeinsam mit Frankreich geplanten Zentrum für künstliche Intelligenz sollte klar nach Qualität und weniger nach regionalen Aspekten ausgewählt werden. Künstliche Intelligenz sollte auch als Teil größerer Systeme im IKT-Bereich gesehen und Forschungsaktivitäten in Kooperation mit anderen Bereichen wie insbesondere den anderen vier Schlüsseltechnologien initiiert werden.

Fünftens sind die neuen Instrumente für Sprunginnovationen gemeinsam mit Stakeholdern aus den verschiedenen Sektoren der IKT zu gestalten, um deren Effizienz zu sichern. Dabei sollten neue institutionelle Strukturen eher vermieden, die Vorarbeiten aus dem Innovationsdialog zu diesem Thema berücksichtigt und die Bewilligungsverfahren beschleunigt werden. Der zukünftige Digitalrat ist nur allgemein beschrieben. Aus Sicht der Wirtschaft ist es wichtig, dass all relevanten Sektoren vertreten sind und nicht nur wie in den letzten Legislaturperioden einige Bereiche unter Vernachlässigung anderer wesentlicher Bereiche wie der Kommunikationstechnik.

Gerade jetzt wäre die Wirkung der am skizzierten Fünfklang neu ausgerichteten Forschungspolitik besonders stark: Die Digitalisierung tritt in ihre entscheidende Phase, in der die zukünftigen Gewinner der genannten Zukunftstechnologien gekürt werden. Die forschungspolitischen Innovationsimpulse fielen also auf fruchtbaren Boden und würden maßgeblich zur digitalen Souveränität Deutschlands beitragen.

Bitkom vertritt mehr als 2.500 Unternehmen der digitalen Wirtschaft, davon gut 1.700 Direktmitglieder. Sie erzielen allein mit IT- und Telekommunikationsleistungen jährlich Umsätze von 190 Milliarden Euro, darunter Exporte in Höhe von 50 Milliarden Euro. Die Bitkom-Mitglieder beschäftigen in Deutschland mehr als 2 Millionen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Zu den Mitgliedern zählen 1.000 Mittelständler, mehr als 400 Startups und nahezu alle Global Player. Sie bieten Software, IT-Services, Telekommunikations- oder Internetdienste an, stellen Geräte und Bauteile her, sind im Bereich der digitalen Medien tätig oder in anderer Weise Teil der digitalen Wirtschaft. 80 Prozent der Unternehmen haben ihren Hauptsitz in Deutschland, jeweils 8 Prozent kommen aus Europa und den USA, 4 Prozent aus anderen Regionen. Bitkom fördert und treibt die digitale Transformation der deutschen Wirtschaft und setzt sich für eine breite gesellschaftliche Teilhabe an den digitalen Entwicklungen ein. Ziel ist es, Deutschland zu einem weltweit führenden Digitalstandort zu machen.